Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

30. Sitzung
7. Dezember 2023

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.05 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird durch Herrn Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) und Herrn Staatssekretär Liecke (SenBJF) repräsentiert. Frau Senatorin Günther-Wünsch nimmt aufgrund eines kollidierenden Termins in ihrer Funktion als Präsidentin der Kultusministerkonferenz an der heutigen Sitzung nicht teil.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei. Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 14. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden, schriftliche und mündliche, Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) beantwortet zunächst die zuerst eingereichte, einzige schriftliche Frage der Fraktion der SPD. Diese lautet:

„Wie schätzt der Senat die Ergebnisse der aktuellen PISA-Studie für Berlin im Vergleich zum nationalen Befund ein?“

Überdies beantwortet er eine diesbezügliche Nachfrage des Herrn Abg. Hopp (SPD).

Im Anschluss daran beantwortet Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) spontane, mündliche Fragen zu folgenden Themen (vgl. zu den Antworten und Nachfragen der Ausschussmitglieder Inhaltsprotokoll):

- Zeitplan der geplanten Schulgesetznovelle (Frau Abg. Brychcy von der Fraktion Die Linke) zum Zeitplan der geplanten Schulgesetznovelle

- Umgang mit der Erkenntnis des schlechten Abschneidens bei der PISA-Studie der Berliner Schülerinnen und Schüler aufgrund des hohen Migrantenanteils als einer Ursache dafür (Herr Abg. Tabor von der AfD-Fraktion)

Frau Anja Herpel (SenBJF, Leiterin des Referats II E, zuständig für Aus-, Fort-, Weiterbildung für Lehrkräfte, Bildungsmedien, Prüfungsamt für Lehramtsprüfungen) beantwortet eine spontane, mündliche Frage des Herrn Abg. Krüger (Bündnis 90/Die Grünen) zum Hintergrund und zum Einsatzkonzept einer bestimmten Stellenausschreibung auf dem Karriereportal des Landes Berlin.

b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) berichtet zum Stand der Umsetzung der Schulbauoffensive.

Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) berichtet über den kürzlich stattgefundenen ersten Kita-Gipfel.

Herr Staatssekretär Dr. Kühne und Herr Staatssekretär Liecke (beide SenBJF) beantworten diesbezügliche Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Die AfD-Fraktion hatte im Vorfeld der Sitzung angekündigt, eine Wahl des stellvertretenden Schriftführers durchführen zu lassen. Auf die Durchführung der Wahl hat die AfD-Fraktion nach den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs einen rechtlichen Anspruch. Beide ordentlichen Mitglieder, die die AfD-Fraktion für den Ausschuss benannt hat, sind zum Zeitpunkt des Aufrufens des Punktes 2 nicht anwesend.

Eine Wahl kann auch durchgeführt werden, wenn die zu wählende Person abwesend ist. Die AfD-Fraktion hat es im Vorfeld der Sitzung unterlassen, mitzuteilen, welcher der beiden ordentlichen Mitglieder der AfD-Fraktion, Herr Abg. Weiss oder Herr Abg. Tabor, für diese

Position kandidiert. Insofern fehlt es an einer konkreten Wahlvorlage, die zwingend eine zu wählende Person enthalten muss. Folglich kann keine Wahl durchgeführt werden.

Punkt 3 der Tagesordnung

a)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/1036 **Strategie zum Umgang mit KI-Systemen in der Schule**	0190 BildJugFam
b)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache 19/1142 **Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Schulwesen (Schuldatenverordnung – SchuldatenV) – VO-Nr. 19/163 –** (auf Antrag der Fraktion Die Linke)	0194 BildJugFam DiDat
c)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler Hier: Umsetzung der einzelnen Maßnahmen gem. Maßgabebeschluss – Schlussbericht (RN 0826 E)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	0210 BildJugFam
d)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Umsetzungsstand der Digitalisierungsstrategie „Bildung in der digitalen Welt“, DigitalPakt Schule inklusive aller Zusatz-Vereinbarungen – jährlicher Bericht (RN 0576 A)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	0211 BildJugFam

Herr Abg. Krüger (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag zu Punkt 3 a) sowie den Besprechungsbedarf zu den Punkten 3 c) und 3 d).

Frau Abg. Brychcy (Die Linke) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b).

Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF), Frau Kamp (Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit), Frau Dr. Dimitrov (SenBJF) und Frau Tempelhoff (SenBJF) nehmen Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion dem Plenum zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/1036 – abzulehnen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Zu Punkt 3 b) beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung dieser Rechtsverordnung[1] abzuschließen. Mangels des Erhebens von Einwendungen gegen diese Rechtsverordnung durch den Ausschuss gilt nach § 32 Abs. 5, S. 5 GO Abghs damit diese Vorlage zur Kenntnisnahme als vom Abgeordnetenhaus zur Kenntnis genommen.

Im Übrigen beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechungen zu den Punkten 3 c) und 3 d) abzuschließen.

Punkt 4 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Fehlende Schulplätze in Berlin: Wie geht es weiter im Schuljahr 2023/2024?** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0154 BildJugFam
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Aktueller Lehrkräftebedarf und akute Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0155 BildJugFam
c)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Schuljahr 2023/2024 – sichere Schulplatzversorgung für Berlin** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0171 BildJugFam
d)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Entwicklung der Schülerzahlen sowie mittelfristige Lehrkräftebedarfsplanung – Jährlicher Bericht – (Rote Nummer 0996)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0175 BildJugFam
e)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an Absolventinnen und Absolventen in Lehramtsstudiengängen (Rote Nummer 0606 B)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0176 BildJugFam

[1] Rechtsverordnungen sind nach Art. 64 Abs. 3, S. 1 der Verfassung von Berlin als Vorlagen zur Kenntnisnahme zu behandeln.

f)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an Absolventinnen und Absolventen in Lehramtsstudiengängen (Rote Nummer 0606 C)** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0215 BildJugFam

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Punkte 4 a) bis 4 f) aufgrund des bevorstehenden Sitzungsendes aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 19/1132 **Gesetz zur Reduzierung der Klassengrößen an Berliner Schulen**	0193 BildJugFam Haupt

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesem Gesetzesantrag der AfD-Fraktion die schriftliche Stellungnahme des Senats nach § 43 Abs. 1 der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung / Besonderer Teil (GGO II) vorliege, die am 9. November 2023 dem Ausschuss per E-Mail übermittelt worden sei.

Herr Abg. Tabor (AfD) begründet den Antrag.

Der Senat gibt keine mündliche Stellungnahme ab.

Im Anschluss an eine kurze Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimme der AfD-Fraktion, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/1132 – abzulehnen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die Vorsitzende kündigt an, im Anschluss an diese Sitzung eine Runde der Sprecherinnen und Sprecher einzuberufen.

Die nächste 31. Sitzung findet am Donnerstag, dem 11.01.2024, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende Die Schriftführerin

Sandra Khalatbari Tonka Wojahn